

Cannabis: Gewerkschaft nimmt Stellung



Die kürzlich getroffene Aussage vom Vorsitzenden der polizeilichen Berufsvertretung „Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)“ zur Legalisierung von Cannabis in Deutschland wird seitens der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirksgruppe Oberbayern Süd, entschieden zurückgewiesen. Auch das Polizeipräsidium Oberbayern Süd bezog hierzu eine klar ablehnende Haltung ([wir berichteten](#)).

Die Argumentation, dass durch die Entkriminalisierung dieses Deliktes Polizeibeamte wieder mehr Zeit für andere Aufgaben hätten, ist in Polizeikreisen äußerst umstritten.

Dadurch würden eher zusätzliche Probleme geschaffen, wie zum Beispiel die „Verlockung“ zum vermehrten Führen eines Kraftfahrzeugs unter Drogeneinfluss. Auch die teils schweren gesundheitlichen Schäden gerade bei jungen Menschen, die ein regelmäßiger Konsum von Cannabisprodukten hervorrufen kann, wurden bei dieser Forderung völlig außer Acht gelassen.

„Wir wollen, dass sich unsere Bevölkerung sicher fühlt. Legal ‚kiffende‘ Jugendliche oder gar Kinder gehören ganz klar nicht in das Bild einer intakten Gesellschaft“, so der Vorsitzende der Bezirksgruppe Oberbayern Süd, Michael Ertl. „Es ist unlogisch, durch eine Legalisierung die Tür für eine gefährliche und leider oft verharmloste Droge zu öffnen.“